



Datenblatt zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung

Angaben des Gastgebers

Name	
Vorname	
Geburtstag/-ort	
Staatsangehörigkeit	
Personaldokument	<input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Personalausweis Nummer:
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnr.)	
E-Mail (freiwillig)	
Beruf	
Arbeitgeber	
Wohnsituation	<input type="checkbox"/> Mieter/in <input type="checkbox"/> Eigentümer/in
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden

unterhaltspflichtige Kinder <u>unter</u> 18 Jahren	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Anzahl:
unterhaltspflichtige Kinder über 18 Jahren	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Anzahl:
Anzahl abgegebener Verpflichtungserklärungen der letzten 5 Jahre		

Angaben des Gastes

Name			
Vorname		m/w/d	
Geburtstag		Geburtsort	
Staatsangehörigkeit			
Nr. Reisepass			
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnr.)			
Verwandtschaftsverhältnis zum Gastgeber			



begleitender Ehegatte	Name:	
	Vorname:	m/w/d
begleitende minderjährige Kinder des Gastes	Geburtsdatum:	
	Geburtsort:	
	Staatsangehörigkeit:	
	Passnummer:	
	Name:	
	Vorname:	m/w/d
	Geburtsdatum:	
	Geburtsort:	
	Passnummer:	
	Name:	
	Vorname:	m/w/d
	Geburtsdatum:	
	Geburtsort:	
	Passnummer:	

Zeitraum der Verpflichtungserklärung	voraussichtliche Einreise: voraussichtliche Ausreise:
Beabsichtigter Aufenthaltsweg	<input type="checkbox"/> Besuch <input type="checkbox"/> Studium / Ausbildung <input type="checkbox"/> Sprachkurs <input type="checkbox"/> Familiennachzug <input type="checkbox"/>
Anschrift während des Besuchsaufenthaltes (falls abweichend von Anschrift des Gastgebers)	
Wohnungskosten Gast	
Versicherungskosten Gast	



Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Meine Kontaktdaten (Vor- und Nachname, Anschrift) und (sofern einschlägig) die Kontaktdaten meines Unternehmens oder meiner Organisation (Name und Anschrift des Unternehmens/der Organisation sowie Vor- und Nachname der jeweiligen Kontaktperson) werden nach Artikel 9 Nummer 4 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 vom 9. Juli 2008 (VIS-Verordnung, ABl. EG L 218/60 vom 13.8.2008) zur Prüfung des Visumantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, erhoben und für höchstens fünf Jahre im Visa-Informationssystem (VIS) gespeichert. Das Fehlen einzelner oder aller Daten führt zur Unwirksamkeit dieser Verpflichtungserklärung und kann die Ablehnung des Visumsantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, zur Folge haben.

Die Visumbehörden und die für die Visumkontrolle an den Außengrenzen und in den Mitgliedstaaten des Schengenraums zuständigen Behörden sowie die Einwanderungs- und Asylbehörden in den Schengen-Mitgliedstaaten haben während dieser fünf Jahre Zugang zu den im VIS gespeicherten Daten,

- um Visumanträge zu prüfen und zu entscheiden,
- um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die rechtmäßige Einreise in das Gebiet und den rechtmäßigen Aufenthalt im Gebiet der Mitgliedstaaten erfüllt sind,
- um Personen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen nicht bzw. nicht mehr erfüllen,
- um Asylanträge zu prüfen und
- um zu bestimmen, wer für die Prüfung vorgenannter Asylanträge zuständig ist.

Zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer und anderer schwerer Straftaten (vgl. für Deutschland: § 3 des VIS-Zugangsgesetzes) haben von den Schengen-Mitgliedstaaten benannte Behörden und Europol im Einzelfall auf schriftlichen oder elektronischen Antrag hin Zugang zum VIS nach Maßgabe von Artikel 3 Absatz 1 der VIS-Verordnung. Die Abfrage erfolgt über zentrale Zugangsstellen, die dafür verantwortlich sind, dass die Zugangsvoraussetzungen und Verfahren des Beschlusses 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 (ABl. EU L 218/129 vom 13.8.2008) eingehalten werden.

Die für die Verarbeitung personenbezogener Daten im VIS verantwortliche Behörde nach Artikel 41 Absatz 4 der VIS-Verordnung in Deutschland ist das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, EU-VIS@bva.bund.de. Mir ist bekannt, dass ich berechtigt bin, in jedem Schengen-Mitgliedstaat eine Auskunft zu erhalten, welche Daten über mich im VIS gespeichert sind und von welchem Mitgliedstaat diese Daten an das VIS übermittelt worden sind. Außerdem ist mir bekannt, dass ich beantragen kann, mich betreffende unrichtige Daten zu berichtigen und mich betreffende unrechtmäßig gespeicherte Daten zu löschen. Die Berichtigung oder Löschung wird von dem Mitgliedstaat durchgeführt, der die mich betreffenden Daten an das VIS übermittelt hat. Informationen über die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte liefert mir auf Wunsch das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, EU-VIS@bva.bund.de. Mir ist bekannt, dass diese Rechte auch bestehen, wenn die Verpflichtungserklärung von einem Unternehmen oder einer Organisation abgegeben wird.

Die in Deutschland zuständige Stelle für Beschwerden hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten ist der/die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der/die unter folgender Adresse erreichbar ist:

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
D-53117 Bonn
Deutschland
Tel.: +49 (0)228-997799-0
Fax: +49 (0)228-997799-550
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de
Webseite: www.bfdi.bund.de

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung die Erklärung zur Verpflichtungserklärung (Anlage 1) zur Kenntnis genommen zu haben.

Ich bestätige, dass die Selbstauskunft (Anlage 2) vollständig und wahrheitsgemäß erfolgte und die erforderlichen Unterlagen komplett beigefügt wurden.

Ort, Datum

Unterschrift



Bearbeitungsvermerk – von der Ausländerbehörde auszufüllen

Datenblatt entgegengenommen durch:

Einkommensnachweise lagen vor: ja nein

Behördenvermerke: Bonität glaubhaft/ nachgewiesen
 Bonität nicht glaubhaft/ nicht nachgewiesen
 Bonitätsprüfung wurde nicht durchgeführt, da

Gebühr i.H.v. 29,00 € gezahlt: ja

Ort, Datum

Unterschrift Sachbearbeiter Ausländerrecht

Empfangsbestätigung

Die Verpflichtungserklärung Nr.: habe ich erhalten.

Ort, Datum

Unterschrift



Anlage 1

Erklärung des Verpflichtungserklärenden zur Abgabe der Verpflichtungserklärung

Nr.:

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung. Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrundeliegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein. Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird. Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

3. Vollstreckbarkeit

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.



4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG - Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i.V.m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Ort, Datum

Unterschrift



Anlage 2

Selbstauskunft zum Nachweis der Bonität für die Abgabe einer Verpflichtungserklärung

Monatliches Einkommen

	Antragsteller	Ehe-/ Lebenspartner
Selbständige Arbeit		
Nichtselbständige Arbeit (netto)		
Vermietung/ Verpachtung		
Sonstiges Einkommen		
Renten		
Kindergeld / Erziehungsgeld / El- terngeld		

Monatliche Ausgaben

	Antragsteller	Ehe-/ Lebenspartner
Miete		
Wohnnebenkosten		
Selbstgenutzte Immobilie -Zinsen und Tilgung		
KFZ-Finanzierung/ Leasing		
sonstige Kreditverpflichtungen		
sonstige Versicherungsbeiträge		
Krankenversicherungsbeiträge (bei Privatversicherung)		
Sonstige Sozialversicherungsbei- träge (bei Selbständigen)		
Sonstige Ausgaben (z.B. Unterhalt, Tagessätze)		

Verbindlichkeiten (Restschuld)

Baufinanzierungskredite	
Ratenkredite	
Sonstige Verbindlichkeiten	

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift Ehegatte



Auflistung der erforderlichen Unterlagen zum Nachweis der Bonität:

- Kopie Personalausweis bzw. Reisepass
- erweiterte Meldebescheinigung über die zum Haushalt gehörenden Familienangehörigen (nicht älter als 3 Monate)
- Lohn-/ Gehaltsnachweise der letzten drei Monate bzw. BWA oder vorläufige Gewinnermittlung (bei Selbstständigen)
- aktueller Steuerbescheid (bei Selbstständigen)
- aktueller Rentenbescheid
- Bescheid über ALG I
- Mietvertrag bzw. Grundbuchauszug
- Nebenkostenabrechnung
- Nachweise über finanzielle Verpflichtungen (z.B. Kredite, Unterhaltszahlungen etc.)
- Nachweise über Eltern- bzw. Kindergeld